

Putin-Freunde lassen sie im Stich

Die Ukrainerin Larysa mit ihrem Sohn Makar: „Wir wünschen uns nur ein bisschen Sicherheit!“



Larysa und ihr neunjähriger Sohn aus der Ukraine suchen verzweifelt ein neues Zuhause.

Obwohl in Potsdam eine ganze Wohnanlage leer steht, dürfen sie nicht einziehen – Behörden-Irrsinn!

In der letzten Woche berichteten wir, dass mitten im Zentrum von Potsdam 65 Ukraine-Flüchtlinge ein neues Zuhause finden könnten. Aber die Stadt lässt es nicht zu. Mutter und Sohn – allein gelassen in Potsdam. Sie sagt: „Wir wollen doch nur eine sichere neue Unterkunft, in der wir uns wohlfühlen können.“ Für Larysa (42) ist die Größe einer neuen Wohnung nicht wichtig. „Wir wollen frei sein. Und nicht ständig in Angst leben müssen. Habt ein Herz für uns.“

Mutter und Kind kamen direkt aus der Ukraine nach Potsdam. Was sie in der Ukraine vor ihrer Flucht erlebten, mag sie nur in wenigen Worten schildern. „Es war sehr hart. Ich hatte vor allem Angst um meinen Sohn und habe sie bis heute. Als wir nach Potsdam kamen, habe ich seine Jacken-Taschen mit Zetteln vollgestopft. Darauf standen die Adressen sämtlicher Verwandter. Falls ich verloren gehe...“ Larysa ist immer noch traumatisiert, obwohl sie sich in Deutschland sicher fühlt. Sie sagt: „Wenn es dunkel wird, fürchte ich mich. Das Licht muss immer eingeschaltet bleiben.“

Ruf nach Enteignung

Larysa und ihr Makar – Mutter und Sohn auf der Flucht, ein Schicksal von vielen. Doch warum können Menschen wie sie nicht in die der Stadt angebotenen leeren Wohnungen der Wohnanlage in der Potsdamer City einziehen?

Ganz offensichtlich sind die Flüchtlinge in diesem Fall Opfer von Machtspielen der SED-Nachfolgepartei Die LINKE.

Die führt eine groß angelegte Enteignungskampagne und nutzt dazu auch die Immobilie in Potsdams City. Die Enteignung dieser Liegenschaft, die auch für Larysa und Makar Wohnort werden könnte, findet die Linke, sollte endlich legal sein. Die Partei postuliert: „Eigentumsfragen sind Machtfragen. Wir stellen sie!“ Und deshalb Blockieren die Linken im Rathaus das auf dem Tisch liegende Unterbringungsangebot.

Nur der eigene Vorteil zählt

Der Hintergrund: Brandenburgs Linke will so wieder zur sozialistischen und antikapitalistischen Kraft werden, so ihre Stimmenverluste bei Wahlen wettmachen. Dafür hat sie sich ihren alten Klassiker ausgesucht: den Ruf nach Enteignung. Den Bruch von Grundrechten – mitten in Deutschland, mitten im 21. Jahrhundert! „Wir sollten den Mut haben, wieder das ganz große Rad zu drehen, auch wenn es 20, 30 oder 50 Jahre dauert“, hieß es zu Beginn des vergangenen Jahres aus der Linksfraktion im Landtag von Brandenburg. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde im Landtag eingebracht.

Die linken Parteimitglieder fürchten um ihre Ämter und Posten. In ihrem verzweifelten Überlebenskampf drehen sie deshalb das ganz große Rad. Dabei kommt das Schicksal von Menschen wie Larysa und Makar unter die Räder. Obwohl für sie wie für andere Flüchtlinge dringend gesuchter Wohnraum vorhanden ist, können sie den nicht beziehen.



Makar (9) hat ein Lego-Spiel geschenkt bekommen – sein ganzer Stolz



In diesem modernen renovierten Hochhaus in der Potsdamer City könnten 65 Ukraine-Flüchtlinge Platz finden – die Stadt verhindert es

– KOMMENTAR – Falsches Kalkül der Linken

Die LINKE ist im Sturzflug. Im Bund ringt die Partei an der Fünf-Prozent-Grenze ums Überleben. In Brandenburg stürzte sie bei den letzten Wahlen um acht Prozent ab. Bei den Potsdamer Kommunalwahlen verlor sie sieben Prozent. In den zurückliegenden 20 Jahren halbierte sich damit nahezu ihr Stimmenanteil in der Landeshauptstadt. Die Bürger scheinen die SED-PDS-Nachfolge-Partei ganz offensichtlich nicht besonders zu mögen.

Ausgerechnet Ideen aus dem Handbuch des Kommunismus sollen nun den endgültigen Absturz verhindern. Der Versuch, politisches Kapital auf Kosten der Bürger zu erzielen, ist leicht erkennbar. Als sozialistische, antikapitalistische Kraft müssen „radikale Lösungen“ entwickelt werden, so die Landtags- und Potsdamer Stadtverordnete Isabelle Vandré. Beim Thema Mieten und Wohnen heißt das: Enteignung. Das Kalkül: Das bringt Stimmen.

Beifall von der Galerie und rechts stehenden Populisten bleibt für die Putin-Freunde nicht aus. Angeblich parteipolitisch unabhängige und dem Wohl der Bürger verpflichtete Institutionen wie der Mieterverein oder der Seniorenbeirat der Stadt stoßen in das gleiche linke Horn. Obwohl die es besser wissen müssten.

Ein Blick auf Fotos aus DDR-Zeiten zeigt, wohin Staatseigentum an Immobilien führt. Verfallende graue Häuser, bröckelnde Fassaden, abgebrochene Balkone. Das haben 1989 auch die Potsdamer mit ihren Protesten abgelehnt. Das wollen sie heute erst recht nicht mehr. Deshalb wird dieser Weg die Linke nicht retten. Sie sollte sich vielmehr für konstruktive Lösungen auf Potsdams angespanntem Wohnungsmarkt stark machen und auch alle auf den Tisch liegenden Angebote unterstützen, die ukrainischen Schutzsuchenden Wohnraum bieten. Das wäre sozial. Wahre linke Politik.

In der nächsten Ausgabe lesen Sie:
Wie es weitergeht mit der schönen Immobilie in Potsdam – ob Larysa und ihr Sohn dort endlich einziehen dürfen?
Weitere Informationen:
www.dringendeswissen.de

Verhindert linkes Netzwerk Wohnungen für Ukrainer?

Potsdam ist attraktiv. Gern gewählter Wohnort in der Nähe der Hauptstadt. Entsprechend explodieren die Preise, immer weniger Wohnungen sind auf dem Markt. Die Leerstandsquote beträgt gerade einmal 0,9 Prozent. Gleichzeitig drängen immer mehr Flüchtlinge in die Landeshauptstadt. In diesem Jahr sollen es nach Schätzung des Landes mindestens 1470 werden. Tendenz eher steigend. Doch wohin mit ihnen?

Die Not im Rathaus ist groß. Im März wird die Metropolihalle abgerissen – 300 Plätze fallen weg! Im Sommer soll der Staudenhof abgerissen werden. Rumms, noch einmal 180 Wohnungen für Flüchtlinge weniger! Alternativen? Eine Containersiedlung soll teuer gebaut werden, Hotelbetten werden angemietet, Leichtbauhallen eventuell gebaut. In Summe entstehen so irgendwann 350 Plätze.

Düstere Zahlen!

Zugleich wird das Angebot für 65 Ukrainer zum Bezug leer stehender, frisch renovierter Wohnungen in Potsdams City vom SPD geführten Rathaus ignoriert. Warum? Weil die Entscheidungen im Rathaus durch ein linkes Bündnis behindert werden? Der Verdacht liegt nahe. Die Fakten: Die LINKE ruft populistisch laut auch bei dieser Anlage nach Enteignung, angeführt von der Landtagsabgeord-

neten Isabelle Vandré. An ihrer Seite der Potsdamer Mieterverein. Dessen Vorsitzender Holger Catenhusen findet Enteignungen ebenso gut wie sein Vorgänger Rainer Radloff, der schon 2015 mit der Linksfraktion an entsprechenden Konzepten arbeitet. Auch der nominell unabhängige Seniorenbeirat der Stadt ist involviert. Dessen Vorsitzender Peter Mundt ist seit Jahren für die Linke aktiv. Gegenüber den

Bürgern der Stadt spielt er den verständnisvollen Lokalpolitiker. Stattdessen torpediert er Vorhaben wie das aktuelle Angebot. Aus politischem Kalkül. Im Interesse der Linken. Weder Abgeordnete wie Isabelle Vandré oder treue Parteimitglieder wie Peter Mundt, noch Vertreter des von links vereinnahmten Mietervereins sind offensichtlich an einer konstruktiven Lösung interessiert.